

Bezugspfeise:
für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, einschließlich
22,50 M., durch die Post 25,00 M.
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
auschl. Zeitungsergebnis unter
Galle-Zeitung eintragen. Für
wichtig eingegangene Monu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe Galle-Zeitung ge-
boten. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Galle-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Samen anzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in sämtlichen
Anzeigenbüros, Zeitungsstellen.
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schreibweise und Gattungs-
schlüssel: Halle, Neue Promen-
ade 18, 62. Geschäfts-Nr. 17.
Haben: Geschäftsstellen: Große
Weichstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Nr. 542.

Halle, Freitag, den 19. November 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

Harte Strafen gegen das Schiebertum.

Aufgedeckte Kapitalverschiebungen — Frankreichs Isolierung im Völkerbund — Das Schicksal der deutschen Kabel

Staat und Beamte.

Vom Fortfall des Deutschen Beamten-
standes gehen uns nachdrückliche Ausführungen mit der
Bitte um Veröffentlichung zu:

Auch der neue demokratische Staat beharf zu seiner Auf-
rechterhaltung und zur Durchführung seiner Maßnahmen des Berufsbeamtenstandes, genau so wie der alte Obrigkeits-
staat und jeder wie immer genante Staat. Selbst ein kom-
munistischer oder anarchischer Staat, wenn in solcher Über-
haupt denkbar ist, wird ohne Beamte, die ihre ganze Kraft
und ihre ganze Lebensaufgabe dem Dienste des Staates wid-
men, nicht auskommen können. Deshalb erscheint es der
Beamtenschaft unverständlich, wenn in der öffentlichen Presse
aller Parteien seit Monaten Stimmung gegen die
Beamtenschaft und ihre ideellen und materiellen Wünsche
gemacht wird.

Schließlich werden folgende Vorwürfe gegen die
Beamtenschaft erhoben, die am Untergang des Staates
schuld sein soll: Erstens soll sie viel zu zahlreich sein, so daß
gar nicht genügend Beschäftigung für die große Zahl der
Beamten vorhanden wäre, ferner sollen die Ansprüche der
Beamten an die Leistungsfähigkeit der Staates zu hohe sein
und schließlich wird daraus gefolgert, daß diese mangelnde
Rückbildung der Beamten den Staat an den Rand des
Unterganges drücke, daß die Beamten also in besonderem Maße
zu seinem Untergang beitragen.

Soweit die leider noch bestehenden Kriegsgesellschaften
in Betracht kommen, ist es sehr wahrscheinlich, daß diese zum
allergrößten Teil überflüssig sind und dort tätigen Kräfte für
den Staatsdienst entbehrlieh sind. Hierbei handelt es
sich aber so gut wie gar nicht um eigentliche Beamte, sondern
lediglich um einen Kreis von Personen, die aus Anlaß des
Krieges zwar in den Staatsdienst, aber nicht in das Beamten-
verhältnis übernommen worden sind. Auch über die Kriegs-
gesellschaften hinaus werden bei allen Verwaltungen solche
Hilfskräfte im Vertage oder Wohnverhältnis noch in großer
Zahl beschäftigt. So gab es am 1. Mai im Reich der Volk-
wehrbestellung 121 772 solcher Kräfte und zwar 9443 männliche
und 33 909 weibliche Hilfskräfte für den mittleren Beamten-
dienst, 49 299 männliche und 9330 weibliche Hilfskräfte für
den unteren Beamtendienst, 20 391 Teilgraphenarbeiter. Ob
ein Teil der Kräfte vielleicht bei besonders wirtschaftlich-
licher Organisation zu ersparen wäre, mag dahingehört
bleiben, — sehr erfindlich würde diese Ersparnis aber kaum
sein können, da eine größere Betriebsverwaltung stets über
ein beträchtliches jüngeres und bewegliches Personal für
Krankheiten und unvorhergesehene Fälle verfügen muß.
Selbstverständlich hat auch die Durchführung des Waffendienstes,
eines angemessenen Erholungsurlaubes nach den
Kriegsbedingungen eine Steigerung der Kräftezahl zur Folge
haben müssen. Soweit über die große Zahl der Hilfskräfte,
die nicht im Beamtenverhältnis stehen, denen aber durch ihre
Beschäftigung im Staatsdienst wenigstens die bitterste Sorge
um die Existenz genommen ist.

Besonders gegen die Beamten wird denn noch der
Mißstand ausgespielt, daß der neue Reichetat mehr als 20 000
neue Stellen allein für Eisenbahnbeamte vorliehe und auch
in den anderen Verwaltungen sind die Stellenmehrungen
beträchtlich. Mit aller Entschiedenheit muß aber immer
wieder betont werden, daß es sich dabei keineswegs um die
Einstellung neuer Beamten handelt, sondern an diesen Be-
amten, für die jetzt in großer Zahl neue Stellen geschaffen
werden, wird lediglich ein altes, ungeheures Unrecht gut
gemacht, das der alte, auf höchste Ausnutzung der Menschen-
kraft bedacht gewesene Obrigkeitsstaat bergehen hat. Diese
Beamten sind schon seit einem Jahrzehnt und länger im alten
Staat tätig und für ihn unentbehrlich gewesen — sie sind nur
nicht in besonderen Einzelfällen aufgefordert worden, sondern
aus allgemeinen Fonds bezahlt worden. In dieser unvor-
antwortlichen Sparmaßnahme wird nun insbesondere der
alte preußische Staat mitbetroffen und jetzt muß der
leistungsunfähige Volkstaat dafür büßen. Es ist eine Art
Zehrungsmaßnahme, jedenfalls ein Ausbeutungssystem des
alten Staates gewesen, durch das er auf Kosten des Personals
Ueberflüssiges erzielt hat. Gebrauch hat er die Kräfte auch
— er hat sie nur nicht im Etat erscheinen lassen und nicht
mengenmäßig bezahlt.

Weiter ist es durchaus falsch und irreführend, zu be-
haupten, die Beamten würden zu gut bezahlt. Wer kann
einem Beamten nachweisen, der von seinem Einkommen aus
solcher Ersparnis ergibt oder gar Reichtümer angehäuft
hätte. Wenn so wie früher muß sich die große Mehrzahl der
Beamten auch heute noch regelrecht durchkämpfen. Die
Angehörigen der Besoldungsgruppen 1 bis 7 bleiben außer
an die der neuen Besoldungsordnung noch hinter dem wiffen-
schaftlich errechneten Existenzminimum für August 1920 zu-
rück; von 15 Besoldungsgruppen trifft das also für mehr
als die Hälfte und im ganzen für 37 Besoldungsgruppen zu.
Die beiden untersten Besoldungsgruppen erreichen auch nach
der neuen Besoldungsordnung in ihrer gesamten Dienstzeit
bis zum Höchstgehalt überhaupt nicht das Existenzminimum,
ganz zu schweigen von dem bereits oben kurz erwähnten

Diätar- und Hilfsbeamtenstand, das von der alten vorenro-
nitarischen Regierung übernommen werden mußte. An diesen
nackten, unüberdachten Fällen ändern auch Angaben von
Milliardenausgaben für die Beamten und Lehrer nichts, bei
denen niemals aus geben wird, wieviele Millionen Beamte
daraus bezahlt werden, wie wenig also auf den einzelnen
Beamten davon entfällt.

Andrerseits darf man es angeichts der fortgesetzten
Versuche, das unerlässliche Reliefnetz der Beamten für den
wirtschaftlichen Zusammenbruch des Staates verantwortlich
zu machen, unüberdacht nicht bedenken, wenn sie auf
die jeder Fortsetzung spottende Steigerung der Material-
kosten hinweist, durch die Handel und Industrie Relief-
gewinne gesehrt werden, während die große Masse der
Beamten trotz der großen Summen an Personalausgaben
nicht weiß, wie sie das zum täglichen Leben aller notwendigen
herbeizuführen soll.

Bei der Eisenbahn sind die Preise für Kohlen um 180
Prozent, für Lokomotiv um 2370 Prozent, für Güterwagen
um 950 Prozent, für Schmieröl um 630 Prozent, für Eisen-
bahnschwellen um 3310 Prozent, für Schienen um 3040 Proz.,
bei der Postverwaltung die Preise für Eisenbahn um 3000
Prozent, für Kupferdraht um 1200 Prozent, für Kabel um
2000 Prozent usw. gestiegen. Warum hört man von diesen
Zahlen in der Öffentlichkeit fast nie etwas, während die
Milliarden für die Beamten und Lehrer fortgesetzt erhalten
werden?

Weiter scheint man sich in weitesten Kreisen nicht dar-
über klar zu sein, welche Wirkung die fortgesetzten Angriffe
auf die Beamten, die nach wie vor treu ihre Pflicht erfüllen,
schließlich haben müssen. Die Beamtenschaft ist sich der un-
glücklichen wirtschaftlichen Lage des Staates durchaus be-
wußt; sie weiß aber auch, daß sie zusammen mit den Arbeitern
und anderen Selbstbedienten die einzige Stütze ist, die tatsäch-
lich Spier bringt. Das wird von den anderen Kreisen fast
völlig verkannt und daher bemächtigt sich der Beamtenschaft
allmählich eine Stimmung, die zu den allerernsten Belang-
nissen Anlaß gibt. Man scheut sich nicht zu behaupten, daß
leben Familien in Deutschland immer eine Beamtenfamilie
ernähren müssen; eine so ungeheuerliche Behauptung, daß
jedem Beamten das Brot in Wallung geraten muß. Ver-
stärken sich die Gegensätze weiter wie bisher, indem man statt
die Leistungen der Beamtenschaft für die Volksgemeinschaft
anzuerkennen und ihr halbeswegs ausschmückende Lobes zu
gewährleisten, sie als überflüssig hinzustellen verliert und ihr
ein Drogenmessen nachsetzt, so wird sie gezwungen, eines
Tages zu weichen, wie es in einem Staate ausfällt, dem die
Beamten den Dienst verweigern. Nach bemühen sich die Führer
der Beamtenschaft unter Aufbietung aller Kräfte den täglich
stärker werdenden Willen der Masse zur Dienstverweigerung
in ruhige Bahnen zurückzuführen. Wie groß die Erregung
in den Kreisen der darbenenden Masse, die trotzdem noch in der
Öffentlichkeit angegriffen wird, schon ist, darum kümmert
man sich nicht. Das ist tief zu beklagen, deshalb ergeht an
alle Freunde geordneter Zustände die dringende Bitte, auch
den Beamten Geduld entgegen zu setzen zu lassen. Der gering-
ste Funke kann das Pulverfaß zur Entzündung bringen.
Das noch im letzten Augenblick zu verhüten, sollte die ge-
meinsame Aufgabe des gesamten Volkes sein.

Die Kapitalverschiebungen.

Die großen Kapitalverschiebungen, die dem sozialdemokrati-
schen Abg. Hermann Müller Anlaß zu einer Interpellation an
die Reichsregierung gegeben haben, werden, wie wir hören, vor-
ausichtlich schon heute im Reichstag erörtert werden. Es heißt,
daß das Finanzministerium sich sofort zur Verantwortung der In-
terpellation bereit erklären wird.

Das Bankhaus, das die Vermögensüberhebungen von deutschem
Kapital nach dem Ausland vorgenommen haben soll, ist die Bank
Hermann Müller, 39 1/2 Millionen u. c. in Amerika, die
seit etwa einem Jahre eine Filiale in der Schwabstraße 1, an
der Ecke der Wollstraße, unterhielt. Die Zweigniederlassung ist am
15. November 1919 eröffnet worden und bestand bis jetzt einigen
Wochen bereits wieder in Liquidation. Zu den Kunden der Firma
gehörten außer zahlreichen Großindustriellen aus dem ganzen
Reich auch Mitglieder fürstlicher und adliger Familien. Auch eine
Anzahl von Hohenzollern-Prinzen — angeblich nicht der Kaiser
— und prominenter Mitglieder des früheren Hofstaates gehörten
zu den Kunden des Bankhauses. Unter einem Decknamen soll auch
einer der bekanntesten deutschen Seefahrer aus dem Weltkrieg ein
großes Depot in der Bank unterhalten haben.

Die Geschichte der Firma unterhalten haben außerordentlich großen
Umfang gehabt haben. Es handelt sich, wie bereits gemeldet, in-
gesamt um Depots, die auf mehrere hundert Millionen Mark ge-
schätzt werden. Sehr gewaltigen Geldsummen, die zum Teil in
fremden Wäldern bestanden, sollen fast ausschließlich ins Ausland,
wenigstens nach Holland, wo die Firma ihren Hauptsitz hat, ge-
bracht worden sein.

Das Reichsfinanzministerium will durch eine Anzeige in der
vorigen Woche Kenntnis von den großen Kapitalverschiebungen
erhalten haben. Am Sonnabend vergangener Woche wurde daher
von der Staatsanwaltschaft in Verbindung mit den Beamten der

Ueberwachungsstelle des Finanzministeriums eine Durch-
suchung vorgenommen. Es wurden eine große Anzahl von
Wäldern und Aktenschränken beschlagnahmt. Der Leiter der Berliner
Filiale, Gustav, war an diesem Tage nicht mehr in Berlin an-
wesend, er hatte bereits die Rückreise nach Holland angetreten.
Man nimmt an, daß er von den gegen seine Firma beschlagnahmten
Wahnsinnern vorzeitig Kenntnis bekommen hat. Dagegen ist
alle Maßnahmen getroffen worden, um ihn festzunehmen, ist es
ihm gelungen, die Grenze zu überqueren.

Über die Namen der Kunden des Bankhauses wird von den
beteiligten Stellen im Interesse der Untersuchung zunächst tiefes
Schweigen bewahrt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß bei der Be-
antwortung der Interpellation im Reichstag aufsehenerregende
Mitteilungen über die Persönlichkeiten, die in Geschäftsvorbereitung
mit der Firma standen, gemacht werden.

Annahme des Pensionergänzungsgesetzes.

Der Reichstag hat beschlossene Sache in seiner Sitzung vom
Dienstag befaßt sich auch mit dem Gesetzentwurf betreffend
Ergänzung und Regelung von Bezügen der Pen-
sionäre und Hinterbliebenen. Der Reichstagsrat,
Ministerialdirektor Sachs, führte aus: Der Entwurf bietet
insofern eine Neuerung, als bisher einer neuen Besoldungs-
regelung niemals rückwirkende Kraft eingeräumt worden ist
hinsichtlich der Pensionäre, Witwen und Waisen. Wegen
deren Notlage sind schon im Kriege Teuerungszulagen ge-
bracht worden. Der Gesetzentwurf soll nun der Notlage
der Altrentenäre, Hinterbliebenen und Wartgeldempfänger
abhelfen. Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs
haben die Ausschüsse mit Mehrheit sich darüber geeinigt,
unter Zurückstellung weitgehender Wünsche es bei der Re-
gelungsgrundlage bewenden zu lassen. Auch dieser Geset-
zentwurf wird noch Aufwendungen von über einer
Milliarde Mark erfordern, für die zur Zeit keine
Deckung vorhanden ist. Der Gesetzentwurf gibt
1. den Pensionären und allen familiären Beamten, die
vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind,
Ansprüche auf Pensionszuschüß. Dieser beträgt die
Hälfte zwischen der von ihnen erdienten Pension, die sie zur-
zeit beziehen und derjenigen, die sie erhalten würden, wenn
sie noch nach dem 1. April 1920 im Dienst gewesen wären
und unter der Voraussetzung der neuen Besoldungsordnung pen-
sioniert würden;

2. werden Witwen und Waisen und
3. die Wartgeldempfänger ganz analog be-
handelt. Weiter sollen sämtliche Pensionäre, Witwen und
Waisen den belien Kinderzuschlag bekommen, wie die
alten Beamten. Kollisionsfälle sollen nach bis zum
21. Jahr den Kinderzuschlag bekommen.
Das Teuerungszulagen bekommen Pensionäre,
Wartgeldempfänger und Witwen die Hälfte des
Teuerungszulages, den die aktiven Beamten zu dem
pensionsfähigen Dienstverdienst erhalten. Er wird auch
gewährt zu den Kinderzuschlag in voller Höhe
wie bei den aktiven Beamten. Bei besonderen Verhält-
nissen kann auch sonst bis zur vollen Höhe des Teuerungszu-
schlags der aktiven Beamten gegangen werden. Endlich ist
eine Pensionserschöpfung für Beamte vorgehoben,
die vom 1. August 1914 bis zum 1. Dezember 1918 entweder
im aktiven Heer Dienst getan haben oder als Beamte im
Kriegsdienste vermerkt sind. — Der Gesetzentwurf wurde
gegen die Stimme Bayers angenommen.

Gegen Wucher und Schiebertum.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde, wie wir schon
sagt, unter letzte Nachrichten der heutigen Morgenausgabe be-
richteten, zu dem Gesetzentwurf über Verhütung der Strafen
gegen Schleichhandel, Preisbrei und verbotene Ausfuhr
lebenswichtiger Gegenstände Stellung genommen. Der Geset-
entwurf bestimmt, daß bei diesen Straftaten in besonders schweren
Fällen auf 3 bis 5 Jahre von 1 bis 15 Jahren und auf Geldstrafe
von mindestens 20 000 Mark erkannt werden kann. Nach dem
Entwurf sind als besonders schwere Fälle anzusehen, wenn der
Täter aus Geminnacht mit erheblichen Mengen von Gegenständen
des täglichen Gebrauchs Schleichhandel treibt; wenn er durch Preis-
brei aus Gewinnucht die wirtschaftliche Notlage der Bevöl-
kerung in besonders schwerer Weise ausbeutet; wenn er es
unternimmt, Vieh, Lebensmittel oder Futtermittel und dergleichen
ins Ausland zu verschleusen, es sei denn, daß es sich um gering-
wertige Werte handelt; wenn der Täter ganz oder überwiegend aus
Schleichhandelsgeheimnis oder verbotener Ausfuhr lebenswichtiger
Gegenstände lebt. Neben den Judizialstrafen treten die üblichen
Rechtsfolgen: Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Polizeiaufsicht
sowie die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffent-
lich bekanntzugeben. Ausländer können nach Vollziehung der
Strafe ausgewiesen werden, bei Judizialstrafe müssen sie aus-
gewiesen werden. Zurückgehende Strafen können auch die
Wahrgeldstrafe. Der Reichstag stimmt dem Gesetzentwurf nach
den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig zu.

Der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Zur Hauptauskunft des Reichstages stand am Donnerstag der
ausgezeichnete Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums zu
Beratung. Er wurde einstimmig mit Ausnahme eines Postens

